

Fall Nr.	Landesverband	KV der TherapeutIn	agierende Krankenkasse	Art der Einmischung	Beschreibung des Vorgehens der Krankenkassen
1	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	nicht bekannt	1, Frage nach Befinden	Versuch, Pat. am Telefon nach ihrem Befinden zu befragen und u.a. dazu zu bewegen, Rehabilitationsmaßnahmen zu beantragen
2	Bayern	Bayern	nicht bekannt	1	Erfragung inhaltlicher Auskünfte zum Stand und Verlauf der Behandlung sowie zur Prognose. Einladung zum MDK. MDK schlägt Kur vor.
3	Nordrhein	Nordrhein	AOK Rheinland/Hamburg	Umschulungsempfehlung	Erkundigung über Krankheitsverlauf und Stand der Dinge (beruflich/privat). Empfehlung durch speziell dafür als Mediatorin ausgebildete Sachbearbeiterin der Krankenkasse für eine berufliche Umschulung.
4	Hessen	Hessen	IKK Classic		Gutachter hatte 36 Stunden befürwortet, KK genehmigte nur 20, ohne Begründung dafür anzugeben.
5	Bayern	Würzburg/Unterfranken	AOK Schweinfurt	4, 5, 3	KK sagte, sie sei nicht für Lohnfortzahlung zuständig. Nachfragen, warum Pat. keine Medikamente nehme. KK spricht Wiedereingliederung an, obwohl Pat. aus therapeutischer Sicht noch nicht so weit ist.
6	Nordrhein	Nordrhein	securvita BKK	1, 2, 5	Anrufe der KK sich zu erklären. Anfrage der KK beim Therapeuten.
7	Nordrhein	Nordrhein	AOK Rheinland	1, 4, 5	KK droht Krankschreibung (seit 3/4 Jahr) zu beenden, setzt Pat. Fristen. Ständige Abfrage (bisher 3x) der medizinischen Dienste. Anrufe bei Therapeuten
8	Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz	Barmer	Befragung	Barmer Fragebogen angehängt
9	Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz	TK	4, 5	KK erkundigt sich nach Art der Krankheit/ Symptome/ Dauer der AU, dabei auch Aufhebungsversuch der Krankschreibung. Pat. empfand Anrufe als Drohung, da AU länger als 6 Wochen. MdK kontaktierte auch Therapeutin.
10	Sachsen	Sachsen	TK	4,5	Fragen nach aktuellem Gesundheitszustand; Drohung, dass bei Eintreten des Krankengeldfalles nicht sicher ist, ob die KK in Leistung treten wird.

11	Hessen	Hessen	BKK Herkules	3, 4, 5	KK droht mit Entzug des Krankengeldes ohne Einschätzung eines Psychiaters. Ärztlicher Rat einer Mutter-Kind- Kur wurde abgelehnt.
12	Nordrhein	Nordrhein	DAK Dortmund	5	Pat. wird unter Druck gesetzt, AU zurückzuziehen: "Stellen Sie sich nicht so an und suchen Sie sich schnell neue Arbeit."
13	Hessen	Hessen	Novitas BKK Duisburg	1, 4, 3	Versuche der KK, Pat. zu weitergehenden therap. Angeboten zu bringen. Telefonate (während amb. PT) und Vorladungen bei MDK zu Fragen betreffend der AU und eines Rehaantrags.
14	Nordrhein	Nordrhein	DAK	Verzögerungen	KK verzögert regelmäßig Genehmigungsschreiben. Min. 8 Fälle, in denen Genehmigung erst nach 3 Wochen vorlag.
15	Nordrhein	Nordrhein	TK	4	Pat. wird trotz AU Krankengeld verweigert, angeblich aufgrund eines "Entscheid nach Aktenlage". Erst nach Drohung mit Rechtsanwalt wird Krankengeld bewilligt.
16	Nordrhein	Nordrhein	TK	1, 4, 5	KK droht mit Ende der Krankschreibung, wenn Pat. nicht in eine Klinik geht. Nach Klinikaufenthalt macht KK Druck durch Anrufe/ Anschreiben, dass Pat. in Reha gehen soll. (detaillierte Fallbeschreibung)
17	Nordrhein	Nordrhein	AOK Nordwest	1, 5	Pat. wird unter Druck gesetzt, Rehaantrag zu stellen. Vorangegangener Wiedereingliederungsantrag wurde abgelehnt.
18	Berlin	Berlin	TK	5	Drohung der KK, Krankengeld auslaufen zu lassen, Hinweis auf medikamentöse Mitbehandlung, Erfragung des aktuellen Zustands.
19	Hessen	Hessen	IKK Südwest	4, 5	KK macht Druck, Pat. solle EU Rente beantragen. MDK wird als Druckmittel aufgebaut, ständige Anrufe von Sachbearbeitern. (detaillierte Fallbeschreibung)
20	Bayern	München	TK	3, 5	KK droht mit Entzug des Krankengeldes, wenn Pat. Arbeitsstelle nicht kündigt und sich an Facharzt wendet. Von Facharzt wurde psychiatrischer Bericht gefordert, obwohl dieser AU nicht bescheinigt hatte.

21	Westfalen-Lippe	Dortmund	TK	1, 4, 5	KK kontaktiert Pat. min. 1 x pro Woche, setzt diesen massiv unter Druck, warum noch immer keine Besserung eingetreten sei, schlägt stufenweise Wiedereingliederung vor, droht mit Einschaltung der MDK. Pat. wurde zu Rehaantrag überredet, macht Druck, dass Reha sofort begonnen werden müsste. (ausführliche Fallbeschreibung)
22	Westfalen-Lippe	Dortmund	BIG direkt gesund		KK forderte bereits nach zweiter psychoth. Sitzungen einen Bericht für MDK. Pat. musste sich innerhalb von 3 Monaten bereits 3 x bei MDK vorstellen.
23	Bayern	Niederbayern	BKK Mobil Oil	4	KK verzögert Auszahlung des Krankengeldes und macht Druck über Telefonanrufe.
24	Bayern	keiner (da P.i.A.)	DAK	3	KK bietet Patient ein Zusatzprogramm (von Firma Veo Vita) an, kostenlos und mit persönlichen Ansprechpartner (rund um die Uhr erreichbar). Nach Zusage: Patient muss online biografische Anamnese ausfüllen, es wird versprochen, Patient an niedergelassenen Arzt/Therapeuten zu vermitteln, welcher ihm evtl. auch Medikamente verschreiben wird.
25	Bayern	Bayern	BKK Akzo Nobel	5	KK droht Zahlung des Krankengeldes auszusetzen, wenn Patient sich nicht innerhalb von zwei Wochen einen Termin bei Psychater geben lässt. (Beschwerdeschreiben des Therapeuten an MDK und KK vorhanden)
26	Westfalen-Lippe	Westfalen-Lippe	TK		Nach Kündigung wird Patient wöchentlich von KK gedrängt, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Es folgen monatliche Untersuchungen durch MDK (bestätigen Arbeitsunfähigkeit)
27	Westfalen-Lippe	Westfalen-Lippe	Knappschaft		Probleme mit Zahlung des Krankengeldes, wöchentlich Anrufe der KK und monatliche Einbestellung bei Mdk. Trotz bereits beantragter Reha erzwingt KK, dass Patientin eine Erklärung unterschreibt, die ihr Dispositionsrecht bezgl. der Rentenversicherung einschränkt (detaillierte Ausführung).

28	Hessen	Hessen	Barmer	4	KK setzt Hausarzt unter Druck, dass dieser einen Wiedereingliederungsplan macht. Mit Facharzt wurde aber weitere AU besprochen.
29	Südbaden	Südbaden Freiburg	DAK	1, 3, 5	KK ignoriert Inhalt des Schreibens der Therapeutin und deren Einschätzung des Falls. KK setzt Patient Frist, um einen Psychater aufzusuchen. Fordert Patient zu Reha auf.
30	Bayern	Bayern	TK	5	Wöchentliche Anrufe der KK mit Aufforderung eine Wiedereingliederrung zu machen und Androhung von Konsequenzen wegen mangelnder Mitarbeit.
31	Südbaden	Südbaden	BEK (Barmer)		Patientin stellte Renten Antrag. Versuch der KK, durch Einschaltung der MDK das Rentenverfahren zu beschleunigen. Patientin wurde daraufhin zum MDK geladen, obwohl bereits umfangreiche Begründung des Therapeuten vorlag.
32	Südbaden	Südbaden	BEK (Barmer)	1	KK informierte sich telefonisch über laufende Behandlungen des Patienten. KK Mitarbeiter zweifelte Richtigkeit der Behandlung/-sfrequenz an. Therapeutin wurde aufgefordert Bericht an MDK zu schreiben. Patient wurde von KK mit Fristsetzung aufgefordert Reha zu beantragen.
33	Baden- Wüttemberg	BD Freiburg	AOK Waldshut	3, 6	KK setzt Patienten nach Klinikentlassung unter Druck, Ergebnisse des Aufenthalts mitzuteilen, zu bewerten und zu einem persönlichen Treffen bei der AOK zu erscheinen. . Danach drängt KK auf Termin bei Psychiater.
34	Hessen	Hessen	TK	5	KK drängt Patient dazu, Arbeit zu kündigen oder eine andere Therapie zu machen. Daraufhin stellt Patientin anrufende Mitarbeiterin persönlich zur Rede. Diese teilt unter Tränen mit, dass sie durch Schulungen unter großem Druck stünde, Erfolg (=Kostensparnisse) in Beratungsgesprächen zu haben.

35	Hessen	Hessen	TK	1, 4, 5	KK fordert Patient auf eine Reha zu machen. Nach massiven Drohungen der KK traute sich Patient nicht mehr ans Telefon zu gehen.
36	Hessen	Hessen	TK		Anrufe der KK (Festnetz und Handy) mit unterschiedlichen Ratschlägen, die Patientin immer wieder verwirrten/ unter Druck setzten
37	Hessen	Hessen	TK	1, 4, 5	KK versucht Patient zu zusätzlichen Maßnahmen, Kursen, Reha (obwohl bereits beantrag) und Kündigung des Jobs zu bewegen. Anrufe dauerten an, trotz Schreiben des Therapeuten diese zu unterlassen.
38	Hessen	Hessen	IKK Hessen		KK versucht Pat. zu Beendigung der AU zu bewegen. KK ruft Pat. sogar mehrfach in der med. Rehabilitationsklinik an, bis Oberärztin dies stoppt.
39	Hessen	Hessen	TK		Häufige Anrufe. Pat. traut sich nicht mehr ans Telefon zu gehen. Nach Schreiben an KK hörten Anrufe auf.
40	Bayern	Bayern	DAK		Pat. wurde nach stationärer Reha von DAK telefonisch psychologisch betreut (Qualifikationen des Anrufers sind unbekannt)
41	Südbaden	Südbaden	BKK	2	Dränden auf Verrentung sowie wiederholte Befragung zum gesundheitlichem Befinden des Pat.
42	Hessen	Hessen	TK	3, 5	KK drängt darauf, Pat. müsse sich innerhalb der nächsten vier Wochen bei einem Facharzt für Psychiatrie vorstellen. Ansonsten würde Pat. aufgrund mangelnder Mitwirkung möglicherweise kein Krankengeld mehr erhalten. (Schreiben der Krankenkasse liegt vor)
43	Südbaden	Baden-Württemberg	TK		Systematische Anrufe der KK bei Auslaufen der Lohnfortzahlung. Pat. werden dazu gedrängt anzugeben, "wie es weitergeht", Pat. soll festlegen, dass sie in spätestens 3-4 Wochen wieder arbeiten werden.
44	Südbaden	Baden-Württemberg	AOK	2, 4	Anrufe von "Gesundheitsberaterinnen", die Pat. regelmäßig eine Reha anbieten und fragen, wann diese wieder arbeiten wird.

45	Nordwürttemberg	Baden-Württemberg	AOK BW	4	KK informierte Pat. in Arbeitsunfähigkeit, dass keine weitere Zahlung des Krankengelds erfolge. Erst nach persönlicher Stellungnahme und Bescheinigung des Psychiaters konnte Krankengeldanspruch geltend gemacht werden.
46	Brandenburg	Brandenburg	Barmer	4	KK erkundigte sich telefonisch nach Befinden des Pat. Nachdem dieser sagte, es gehe allmählich besser, wurde AU für aufgehoben erklärt.
47	Brandenburg	Brandenburg	Barmer	1	KK droht mit Kürzung/Einstellung der Leistung, falls Pat. keinen Rehaantrag stellen.
48	Brandenburg	Brandenburg	Barmer	1	KK droht mit Kürzung/Einstellung der Leistung, falls Pat. keinen Rehaantrag stellt. Trotz Schreiben des Therapeuten, dass Reha aufgrund des Krankheitsbildes/-zustands von Nachteil wäre, machte KK weiter Druck.
49	Brandenburg	Brandenburg	IKK Brandenburg und Berlin	4	KK hebt Krankschreibung, ohne Begutachtung durch MDK auf. Pat. musste dadurch vorschnell ein neues Arbeitsverhältnis eingehen/ Therapie abbrechen. Daraufhin kam es zu erneuter Dekompensation.
50	Brandenburg	Brandenburg	IKK Brandenburg und Berlin	4	Pat. nimmt neben ambulanter Psychotherapie psycholog. Hilfe und Beratung bei Pinel in Anspruch, da ihr dies von KK nahegelegt wurde.
51	Südwestfalen	Südwestfalen	TK	1	KK macht Druck, dass Pat. Rehaantrag stellen soll, trotz Schreiben des behandelnden Psychiaters.
52	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	AOK	1, 4, 5	KK lädt Pat. zu pers. Gespräch ein, macht Druck, wertete Wartezeit (auf Therapieplatz) als "mangelnde Mitwirkung", drohte Zahlung des Krankengelds einzustellen und drängte auf Reha.
53	Südbaden	Baden-Württemberg	IKK Classic	1, 4, 5	KK drängt Pat. Reha anzutreten oder Krankschreibung werde aufgehoben (setzt Frist). Pat. meldete sich daraufhin nach Ablauf der Krankschreibung (trotz weiterbestehender Symptomatik) arbeitslos.
54	Südbaden	Baden-Württemberg	AOK Hochrhein-Bodensee	2, 4	KK macht Druck bzgl. Arbeitsunfähigkeit des Pat. und dängt auf Rehaantrag.

55	Südbaden	Baden-Württemberg	AOK Nordost		KK erfragt Stand der Dinge und Ende der Krankschreibung.
56	Südbaden	Baden-Württemberg	Barmer GEK	4, 5	KK erfragt Stand der Dinge, Ende der Krankschreibung und teilt mit, Frage der Weiterversicherung sei offen und man müsse evtl. "auch unangenehme Entscheidungen treffen".
57	Südbaden	Baden-Württemberg	mhplus BKK	3, 4	KK erfragt Stand der Dinge, Ende der Krankschreibung und macht schriftl. Angebot 1x max. 10 Sitzungen bei gesonderten Therapeuten.
58	Südbaden	Baden-Württemberg	AOK Hochrhein-Bodensee		KK erfragt Stand der Dinge, Ende der Krankschreibung und Umstände der Arbeitsunfähigkeit (pers. Gespräch., 3 Anrufe).
59	Westfalen-Lippe	Westfalen-Lippe	TK		KK stellt Fragen bzgl. laufender AU, möglicher Wiedereingliederung, zur laufenden Behandlung (Pat. stark verunsichert).
60	Westfalen-Lippe	Westfalen-Lippe	AOK Nordwest	5	Pat. befand sich in Therapie. KK bemängelte, dass Therapeut nicht zugelassen sei (aber: Genehmigung lag vor), Pat. wurde aufgefordert (unter Androhung von Krankengeldkürzung), sich woanders in Behandlung zu begeben.
61	Westfalen-Lippe	Westfalen-Lippe	DAK	3	KK erkundigt sich nach Zufriedenheit mit Behandlung, bietet an, sonst zu vermitteln oder neue Therapie zu suchen.
62	Hessen	Hessen	TK	1	Mehrere Anrufe der KK und drängen auf Reha- oder Klinikaufenthalt aufgrund längerer Krankschreibung.
63	Bayern	Oberfranken	Bosch BKK	4, 5	Bei Pat. ist aufgrund schwerer Erkrankung lange AU absehbar. Auf Nachfrage wird von KK mitgeteilt, dass sie ihr Krankengeld nach 3-monatiger Krankschreibung durch PT erst nach Ablauf der AU erhält.
64	Bayern	Oberfranken	Barmer	4	Pat. ist aufgrund belastender Lebensumstände/ Krankheit krankgeschrieben. Anrufe der KK mit Nachfragen zur AU. Pat. fühlt sich unter Rechtfertigungszwang.
65	Bayern	Oberfranken	TK	1	Pat. wird von Klinik ambulante TP und Berentung empfohlen. KK bedrängt Pat., sofort Reha-Maßnahmen über Rentenversicherung zu beantragen.

66	Bayern	Oberfranken	SBK (BKK)	3	KK setzt Pat. unter Druck, eine sofortige Nierenplantation mit Niere ihres Mannes trotz psych. Probleme mit der Entscheidung durchführen zu lassen.
67	Niedersachsen	Niedersachsen	TK Hamburg	1, 3, 4, 5	KK erkundigt sich über Krankheitsbild, ergriffene Maßnahmen, später regelmäßige Fragen zur Behandlung. KK vermittelt Pat. an mehrere Therapeuten, drängt auf Rehaantrag, schaltet MDK ein (Pat. soll in spezielle psychiatrische Behandlung), droht mit Krankengeldkürzung, falls Pat. nicht kooperiert. (detaillierte Fallbeschreibung)
68	Bayern	Niederbayern	BKK Mobil Oil		Häufige Anrufe der KK, Missachtung der ärztlichen/ therap. Kompetenz, Verzögerung der Auszahlung des Krankengeldes.
69	Bayern	Bayern	BKK Akzo Nobel	5	KK fordert Patient auf, sich innerhalb von 2 Wochen bei Psychiater vorzustellen, trotz laufender Therapie und 2 Berichten an MDK, ansonsten wird mit Aussetzung des Krankengeldes gedroht. (Ausführlicher Bericht sowie Beschwerdeschreiben des Therapeuten beigelegt)
70	Südwestfalen	Baden-Württemberg	AOK Baden-Württemberg	4	Pat. befand sich in Therapie, wandte sich bzgl. einer Frage zum Krankengeld an KK. Dort wurde ihr geraten, sich in einer Tagesklinik vorzustellen. In der Klinik hieß es: "Bleiben Sie doch hier". Nach Entlassung meldete sich Pat. nicht mehr bei Therapeuten (therap. Beziehung zerstört).
71	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	AOK	Erfragung privater Daten	Pat. (Borderline) wurde von Arbeitgeber gekündigt. Daraufhin wurde Pat. von der KK gedrängt, Gründe/Informationen zur Kündigung anzugeben. (Dokumente der KK vorhanden)
72	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	Barmer	1, 2	KK schickt Fragebogen an Pat. zur Therapie und zur TSS. Nahelegen eines Rehaantrags sowie eines Rentenanspruchs.
73	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	Hanseatische Krankenkasse	1	KK verweigert Zahlung des Krankengeldes bis hin zum Gerichtsprozess, der aktuell läuft. Vermittlung einer Reha.
74	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	TK	3	KK machte telefonisch Druck auf Pat., eine Therapie anzufangen.
75	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	DAK Gesundheit	3	KK machte telefonisch Druck auf Pat., eine Therapie anzufangen.

76	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	AOK Nordwest		KK baut Druck über Anrufe auf. Alle Briefe des MDK enthalten Bitte um Einschätzung der Fortschritte.
77	Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	Viactiv Krankenkassen		Anrufe der KK und Anschreiben des MDK.
78	Baden-Württemberg	Südwürttemberg	Hanseatische Krankenkasse	4	Wiederholte Anrufe der KK bei Pat.. KK deutet an Krankengeld zu streichen, mahnt erforderliche berufliche Eingliederung an und stellt lange AU-Zeit infrage.
79	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	AOK Hochrhein-Bodensee	3, 5	Schriftliche Aufforderung der KK innerhalb von 14 Tagen fachärztliche Behandlung nachzuweisen, sonst Aberkennung der AU und Aufhebung der Krankengeldzahlungen
80	Bayern	Bayern	KKH	4	Pat. wird aufgefordert Arbeitsunfähigkeitsbescheid von Arzt einzuholen. Als Pat. sich erkundigt, warum er seit zweieinhalb Monaten kein Krankengeld erhalten habe, hieß es von KK, der Pat. habe keinen Anspruch auf Krankengeld und sie entscheide, wann er welches bekomme.
81	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	BKK ZF+Partner	1, 4	Pat. wird von "Psychologischer Beraterin" der KK angerufen zur "Unterstützung der Genesung aus ärztlicher und psychologischer Sicht". Beraterin fragt nach aktueller Situation, spricht Pat. auf deren Medikation an (in die die Beraterin vorgibt, Einsicht zu haben).
82	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	AOK Neckar-Alb		Pat. ist aus therapeutischer Sicht aktuell arbeitsunfähig. Bei persönlichen Gespräch mit KK wurde Pat. mitgeteilt, KK hätte von Reha-Einrichtung die Benachrichtigung, dass Pat. in vier Wochen wieder arbeitsfähig sei. Pat. wurde Vorlage für Aufhebungsvertrag und Vordruck eines ärztlichen Attests zur Kündigung auf ärztlichen Rat mitgegeben. Pat. solle sich bei Arbeitsamt melden.
83	Bayern	Bayern	BIG direkt gesund	3, 5	KK bietet Zusatzprogramme für "individuelle Beratung und Hilfestellung" zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit an und macht Druck über regelmäßige Anrufe/ Anschreiben.
84	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	IKK Klassik		Pat. wurde telefonisch dazu aufgefordert, Auskünfte über therapeutische Maßnahme bzw. Prognose zur Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit zu geben.

85	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	AOK Baden-Württemberg		Mehrfacher Versuch der telefonischen Kontaktaufnahme mit Rückrufbitte. Pat. war zu ängstlich zurückzurufen, untersagte per Brief die telefonische Kontaktaufnahme.
86	Bayern	Bayern	BKK	3, 5	KK befragt Pat., macht Druck, Pat. müsse wieder arbeiten gehen, fodert Pat. zu Facharztbesuch auf. Das Arbeitsamt meldete sich bei Therapeuten und verlangte alle Befunde des Pat.
87	Bayern	Bayern	BIG direkt gesund	5	KK befragt Pat., weswegen dieser arbeitsunfähig sei, ob eine AU vorhanden sei (diese lag der KK bereits vor).
88	Bayern	Bayern	DAK Hamburg	4	KK behauptet, AU sei nie eingegangen. KK verweigert Krankengeldzahlung (Beschwerdeschreiben des Pat. angehängt).
89	Bayern	Bayern	TK	1, 3, 5	Pat. wurde aufgefordert, Facharzt für Psychiatrie aufzusuchen bzw. binnen 10 Wochen einen Reha-Antrag zu stellen, ansonsten würde die Krankengeldfortzahlung eingestellt werden und keine Krankengeldnachzahlungen erfolgen.
90	Bayern	Bayern	AOK Bayern	1, 3, 4, 5	Aufforderung, Facharzt aufzusuchen. Forderung Reha zu machen, ansonsten droht KK mit Krankengeldentzug.
91	Bayern	Bayern	AOK Bayern	1, 5	Aufforderung Reha-Antrag zu stellen, ansonsten droht KK mit Streichung des Krankengeldes.
92	Bayern	Bayern	BIG direk	5	Monatliche Anrufe der KK, Befragung zur aktuellen Situation, schriftl./telef. Aufforderung, Pat. solle sich bewerben. (Schilderung des Pat. angehängt)
93	Bayern	Bayern	TK	4, 5	KK befragt Pat. ausführlich zu aktueller Situation (schriftl. & telefonisch), Aufforderung sich bei Facharzt vorzustellen. Trotz Krankschreibung durch Therapeuten hat Pat. bis heute kein Krankengeld erhalten.
94	Bayern	Bayern	Central PKV	3, 5	KK kündigt postalisch an, dass Versicherungsleistung gekündigt werde, wenn Behandlungsfrequenz nicht, wie von einem "unabhängigen" Gutachter (Gutachter der PVG) empfohlen, auf das Doppelte erhöht wird.

95	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	AOK Ludwigsburg-Rems-Murr	1, 4, 5	KK untersagt Pat. Krankschreibung über 6 Wochen, ansonsten würden die Dinge für Pat. kompliziert werden (u.a. Zahlungsverzögerungen). Pat. solle sich beim Arbeitsamt für Tätigkeit über 3 Stunden melden. Krankschreibung des Hausarztes wurde nicht anerkannt. Trotz wiederholter Krankschreibung durch Psychiater kündigte KK Ende der Krankschreibung an. MdK forderte Pat. auf, ohne Rücksprache mit Psychiater und Therapeut, Reha-Antrag zu stellen (mit Frist). (Detaillierte Fallbeschreibung, gut dokumentiert)
96	Hessen	Frankfurt	TK	1, 4, 5	KK macht Druck, Pat. solle wieder arbeiten gehen. Droht ansonsten mit Einschaltung des MDK und Einstellung der Krankengeldzahlung, was schließlich auch erfolgte. MDK fordert Stellungnahme von Therapeuten. Pat. wird aufgefordert, eine Reha durchzuführen.
97	Hessen	Frankfurt	TK	4, 5	KK macht verbal Druck auf Pat., wieder arbeiten zu gehen. KK kündigte an, Krankschreibung sei nur noch bis XX.XX gültig, ab dann sei Pat. wieder arbeitsfähig (aus medizinischer Sicht nicht der Fall).
98	Südbaden	Baden-Württemberg	AOK	1	Zwang zu Rehaantrag
99	Südbaden	Baden-Württemberg	IKK	4, 5	KK macht Druck bzgl. Arbeitsunfähigkeit des Pat. Streichung des Krankengeldes ohne vorherige Information/Klärung
100	Südbaden	Baden-Württemberg	KKH	5	Druck bzgl. beruflicher Entscheidungen/Kündigung





















